



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33
13. Oktober 1950

P/V/239

Hinweise
auf den Inhalt:

Ost-CDU wird Kaderpartei	S.1
Mao-Tse-Tung's Position immer stärker	S.3
Eindrücke in Moskau	S.4
Ein Sudetendeutsches Exil-Parlament?	S.5
Protest der Ost-Sozialisten	S.6

Ost-CDU wird Kader-Partei

sp. Berlin

Rund vier Wochen sind jetzt vergangen, seit auf dem fünften Parteitag die Ost-CDU ohne jeden Vorbehalt auf den Kurs einer Kaderpartei nach SEP-Muster ging. Wie stellt sich die Situation heute dar?

Unter dem Generalsekretär Gerald Götting (FDJ-Funktionär), der, assistiert von dem aus seiner nationalsozialistischen Vergangenheit belasteten Dertinger, die Parteileitung in der Hand hält, vollzieht sich die Umwandlung der Ost-CDU zu einer kommunistischen "Massenorganisation fortschrittlicher Christen" als Gegengewicht gegen die noch nicht gleichgeschalteten Kirchen. Zunächst wird versucht, den Einfluss der gegen den Kurs der Parteileitung opponierenden Mitgliedschaft, der Kreis- und Ortsverbände, zurückzudrängen. Die eigentliche Rolle des Parteivorstandes spielt der sogenannte Politische Ausschuss, der aus den sechs willfährigen Mitläufern Nuschke, Dertinger, Götting, Steidle, Ganter-Gillmanns und Bachem besteht. Die sechs Landesvorsitzenden, Personen mit mangelndem politischen Profil oder ebenfalls offene Mitläufer, und die übrigen 31 Beisitzer des Hauptvorstandes spielen lediglich eine dekorative Rolle. Eine "Zentrale Vermögensverwaltung" wird eingerichtet, die die unteren Parteiorgane in grössere finanzielle und politische Abhängigkeit vom Politischen Ausschuss zwingt. Eine neue Hauptabteilung für Aufklärung gibt "zentrale Richtlinien für eine Massenschulung der Mitgliedschaft" im Sinne der Nationalen Front und der Friedensbewegung" heraus.

Um die Opposition der Mitgliedschaft gegen diesen Kurs der be-

dingungslosen Hörigkeit zu brechen, ist die Bildung von sogenannten "Initiativ-Komitees" in Angriff genommen worden, die neben den Orts-, Kreis- und Landesvorständen, aus den "aktivisten und fortschrittlichsten" CDU-Mitgliedern zusammengesetzt, den eigentlichen Kurs in der Partei steuern sollen. Durch ein Netz von sogenannten Instruktoren werden diese Kader unmittelbar mit den zentralen Partei-Instanzen verbunden.

Im Interesse der "Überparteilichkeit" der ostzonalen Massenorganisationen werden in nächster Zukunft weiter die Jugend-, Frauen- und Gewerkschaftsreferate bei den CDU-Vorständen aufgelöst. Bei der SED bleiben diese Referate bestehen. Lediglich die CDU-Betriebsgruppen dürfen beibehalten werden, aber mit der Einschränkung, dass ihre wesentlichste Aufgabe in der Durchführung des Fünfjahresplanes besteht. In demselben Tempo, in dem die CDU gleichgeschaltet wird, ist man bestrebt, aus den Trümmern der alten Organisation einen aktiven Bestandteil der kommunistischen Politik in der sowjetischen Besatzungszone und der kommunistischen Aktivität in Westdeutschland zu machen.

Nach der in der Ost-CDU geschaffenen Situation kann man den seinerzeitigen Erklärungen Tschuikows und Grotewohls wohl glauben, dass für die Zeit nach den Wahlen weder an eine Einparteienregierung, noch an eine Auflösung der CDU gedacht werde. Weshalb auch, wenn man diese Partei bei der unvermeidlichen Endauseinandersetzung mit der Kirche ausnutzen kann? Die Ausschaltung der Zeugen Jehovas war die Generalprobe für die kommenden Ereignisse. Die CDU-Presse führte damals die ersten Angriffe gegen diese Glaubensgemeinschaft. Danach erst kam das Verbot durch den kommunistischen Innenminister. Der erste Vorsitzende der CDU, Nuschke, aber, der als stellvertretender Ministerpräsident gleichzeitig die Rolle eines sogenannten Kirchenministers spielt, hatte diesen Beschluss zu sanktionieren. Die Anwesenheit des tschechoslowakischen Paters Plohjar, des Exponenten der volksdemokratischen Los-von-Rom-Bewegung in der Tschechoslowakei, beim CDU-Parteitag war damals schon ein deutlicher Hinweis auf die einzuschlagende Richtung.

Mao-Tse-Tung offiziell zum "grossen Führer" ernannt

H.H. London, im Oktober

Als im Juli der Generalsekretär der Indischen Kommunistischen Partei, T.Ranadive, und der Präsident des "Allindischen Gewerkschaftsrates", S.Dange, ebenfalls ein führender Kommunist, aus zweijähriger Internierung in Bombay freigelassen wurden, verkündete Dange sofort eine "grundsätzliche Wendung" der indischen kommunistischen Politik. Ranadive wurde abgesetzt, und sein gemässigterer Vorgänger, P.C.Joshi, zugleich Sekretär des Allindischen Gewerkschaftsrates, zum Parteisekretär gemacht.

Die grundsätzliche Wendung bestand darin, dass die Kommunisten dem blutigen Terror, den sie bisher gegen alles, was nicht kommunistisch war, ^{aübten} abschworen und versprochen, zu einer Politik der "Vertretung der Tagesinteressen der indischen Massen des Proletariats, der werktätigen Bauern und des kleinen und mittleren Bürgertums, der sogenannten 'nationalen Bourgeoisie'", zurückzukehren. Die "Wendung" der indischen Kommunisten ging aber zugleich mit einer gründlichen Parteisäuberung einher. In einer Erklärung beschuldigt sich die Parteiführung in den Tönen der üblichen tiefen Zerknirschung einer vollständig ultralinken Sektiererlinie, des "Überbordwerfens aller Lehren Lenins und Stalins über Imperialismus und Kolonialrevolutionen", des Trotzismus, usw. Die für ganz Asien aber bedeutsame politische Wendung besteht in einer Anerkennung Mao-Tse-Tungs. Bisher war Mao-Tse-Tung beschuldigt worden, ein Reformist und Revisionist zu sein. Maos Schrift "Neue Demokratie" wurde als "titoistisch" angegriffen; Mao wurde vorgeworfen, mit seiner Theorie des Bündnisses mit der Bauernschaft, der kleinen und mittleren Bourgeoisie, den Marxismus und den Klassenkampf zu verraten. Die grösste Sünde, deren sich die indische KP bezichtigt, ist, dass sie der "imperialistischen Presse nachplapperte", Mao habe das Zeug dazu, ein östlicher Tito zu werden. Nun wird Mao-Tse-Tung zum grossen Führer, zum "Bereicherer und Ergänzer der klassischen Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin" erhoben, und sein Werk "Neue Demokratie" wird unter die "klassischen Bücher des Marxismus-Leninismus" eingereiht.

Es ist nicht uninteressant, dass Mao-Tse-Tung in den Jahren 1926/27, als er seine Organisationen aus den chinesischen Städten herauszog und sie in den zurückgebliebenen Landbezirken neu aufbaute, von der offiziellen chinesischen Parteiführung ebenso angegriffen wurde wie in den letzten zwei Jahren von den indischen Kommunisten. Und hinter der Parteiführung in China stand 1927 Stalin selber, der seine Emissäre Kuusinen

und Heinz Neumann nach Kanton entsandt hatte, um dort die von Tschiang-Kai-Schek in Schanghai und Nanking bereits blutig unterdrückte kommunistische Putsch-Taktik erneut zu beleben. Mao-Tse-Tung tat das einzig Mögliche: Er rettete seinen Parteiapparat gegen den Rat Moskaus aus den Städten, wo er der Vernichtung anheimfiel, in die wegelosesten Bezirke Zentral-Chinas, von wo er dann durch Tschiang-Kai-Schek in die halb-mongolische Nordprovinz Jennan gejagt wurde. Heute wird dieses Manöver als "klassisch" bezeichnet und die sogenannte "zweistufige" Revolution Maos wird mit der "Neuen Ökonomischen Politik" Lenins verglichen, die eine Vorstufe zum Sozialismus darstellte.

Mao-Tse-Tungs Position hat damit über die Grenzen Chinas hinaus eine Festigung erfahren, an der niemand vorübergehen kann, der Asienpolitik betreibt. Das Londoner Aussenamt trägt dem Rechnung; es wird in den nächsten Tagen den Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Esler Dening, mit dem Rang eines Botschafters nach dem Fernen Osten entsenden. Sir Esler Dening, der Fernost-Fachmann der Downingstreet 10, mit dem Ruf eines geschickten Diplomaten, wird auch Australien und Neuseeland bereisen, seine Hauptaufgabe aber wird sein, die von England seit fast einem halben Jahr angestrebte, von Mao-Tse-Tung aber bisher in fast beleidigender Form sabotierte Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Großbritannien und Rot-China anzukurbeln.

- - - -

"Dieses steinerne Kindergesicht verfolgt mich..."

sp. Ein junger, in Moskau tätiger Diplomat berichtet im "Manchester Guardian Weekly" über seine stärksten Eindrücke folgendes:

"Kürzlich besuchte ich die Moskauer Oper. Als ich sie wieder verliess, fiel mir erst das auf dem Opernhaus stehende Denkmal auf. Es war einem zwölfjährigen Jungen gesetzt worden. Die Inschrift verkündete seine "Heldentat" der Nachwelt. Er hatte seine Eltern angezeigt, weil sie sich aus ablieferungspflichtigen Kartoffeln Essen bereitet hatten. Es waren kleine Kolchosbauern gewesen, die irgendwo in den Weiten Rußlands gelebt hatten. Für dieses Staatsverbrechen erhielten sie den Gnickschuss, ihr Sohn - dieses Denkmal. Dieses steinerne Kinderantlitz verfolgt mich seither in Moskau. Es ist für mich eine grössere Offenbarung als alle Beteuerungen, die der Welt durch den Krenl bekannt geworden sind..."

- - - -

Ein Sudetendeutsches Exil-Parlament?

-dt. Der Nicht-Sudetendeutsche Seeborn, z.Z. Bundesverkehrsminister, hat mitgeteilt, dass der Hauptvorstand der "Sudetendeutschen Landsmannschaft" demnächst über die Bildung eines "Sudetendeutschen Exil-Parlaments" beraten werde. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass der Vater dieses Gedankens ebenfalls Dr. Seeborn ist, der sich seit einem Jahr in erstaunlichem Maß um eine sudetendeutsche Legitimation bemüht. Der Grund ist klar, dem Minister bröckelt die bisherige Basis, die DP, ab und so sucht er eine neue Plattform.

Abgesehen davon, ein Exil-Parlament wäre das am wenigsten Notwendige, was die Sudetendeutschen brauchen. Die Eingliederung der Ostvertriebenen, nicht nur materiell, sondern auch geistig und seelisch, ist in gleichem Maße eine Sache der Einheimischen wie der Flüchtlinge. Das erfordert, dass von beiden Seiten alles vermieden wird, was die in manchen Fällen ohnehin grossen Stammesunterschiede - man denke an einen Sudetendeutschen, der aus dem Riesengebirge nach Bayern gekommen ist oder aus Südmähren nach Niedersachsen - noch schärfer betont. Die Sudetendeutschen wollen am Lastenausgleich teilnehmen. Mit Recht; dieses Recht aber, geschöpft aus der Gleichartigkeit des Schicksals mit den vertriebenen Schlesiern, Pommern usw., erlegt ihnen auch die Pflicht auf, sich wie alle Vertriebenen zu benehmen und nicht ein Sonderstatut anzustreben. Wie soll denn so ein Exil-Parlament aussehen, wie soll es z.B. gewählt, von wem beschickt werden? Soll es ein "Einparteien-Parlament" der Landsmannschaft sein? Wollen sich die Funktionäre der Landsmannschaft vielleicht aus eigener Machtvollkommenheit zu Exil-Parlamentariern ernennen? Welche Beschlüsse von Wirksamkeit soll dieses Parlament fassen?

Die Sudetendeutschen unterliegen wie jeder andere Deutsche dem Grundgesetz, sie haben im Bundestag etwa zehn Abgeordnete, die aber nicht als Sudetendeutsche, sondern als Vertriebenen-Kandidaten westdeutscher Parteien auch von "Reichsdeutschen" mitgewählt worden sind. Damit ist eine Repräsentanz im Bundestag gegeben; in den Landtagen kann bei den bevorstehenden Wahlen in den einzelnen Ländern noch manches nachgeholt werden. Die nicht parlamentarischen "Belange" der Sudetendeutschen können von der Landsmannschaft, vom Stifter-Bund und anderen bestehenden kulturellen oder sonstigen Hilfsorganisationen ausreichend gewahrt werden, sobald sich diese Körperschaften auf ihr ureigenstes Gebiet beschränken und nicht in politische Abenteuer einlassen, wie es ein Exil-Parlament

wäre. Es ist auch höchst überflüssig, dass die erwünschte Solidarität aller Flüchtlinge durch solche Eigenbrötelchen durchbrochen wird.

Ein sudetendeutsches Exil-Parlament hätte weder eine politische noch wirtschaftliche, es hätte höchstens eine kulturelle Berechtigung. Das allein reicht aber nicht aus. Exil-Parlamente pflegen meist an eine Tradition anzuknüpfen. Wo gibt es eine solche sudetendeutsche Tradition? Dr. Seeborn weiss das natürlich nicht, weil er vom Sudetendeutschtum keine Ahnung hat. Die anderen Männer in der Landsmannschaft wissen das aber und sie sollten auch wissen, dass die Sudetendeutschen eines Tages zu einer wirklichen politischen Entscheidung von grosser Tragweite aufgerufen werden. Bis dahin soll man die politische Substanz innerhalb des Sudetendeutschtums nicht in einem Pseudo-Parlament vergeuden oder verwirren.

- - - - -

Die Soziale Arbeitsgemeinschaft tagt

(sp). Am 18. Oktober findet in Bonn eine Tagung der Sozialen Arbeitsgemeinschaft beim Sozialdemokratischen Parteivorstand statt. Als Tagesordnung ist vorgesehen:

- 1.) Die Ergebnisse der Aussenministerkonferenz, Referent: Dr. Kurt Schumacher
- 2.) Polizeifragen, Referent: Dr. Walter Menzel, MdB.
- 3.) Die Abwehrmassnahmen gegen die antidemokratischen Kräfte, Referenten: Herbert Wehner, MdB; Dr. Adolf Arndt, MdB.

- - - - -

Sie werden Rechenschaft ablegen müssen

(sp) Die Sozialistische Union von Mittel- und Osteuropa legt der nächsten Comisco-Sitzung in Paris (21. - 22.10.1950) eine Protestresolution gegen die Sozialistenverfolgungen jenseits des Eisernen Vorhangs vor. In der Resolution wird besonders auf die Verfolgung von Sozialdemokraten in Ungarn (Anna Kethly, Ferenc Szeder usw.), in Polen (200 Sozialisten werden ohne geringste Begründung in den Gefängnissen zurückbehalten, bekannte Sozialisten sind spurlos verschwunden) und in der Tschechoslowakei hingewiesen. Abschliessend heisst es dann in der Resolution:

"Die Internationale Sozialistische Konferenz erklärt, dass die Verfolgung der Sozialdemokraten in Osteuropa nicht nur ein Verbrechen gegen die internationale Arbeiterbewegung ist, sondern auch gegen die Idee des Sozialismus; sie wendet sich mit Empörung gegen diese Frevel an der Menschlichkeit und den Menschenrechten. Diejenigen, die für dieses Verbrechen verantwortlich sind, sollen wissen, dass sie, sobald die Freiheit in Osteuropa wieder hergestellt ist, dafür Rechenschaft ablegen müssen."

+ + + + +

Verantwortlich: i. V. Josef Schmidt